

Klingbeil über Minderheitsregierung: „SPD lässt sich nicht erpressen“

Marie Rahenbrock

Das Szenario, dass die Union in einer Minderheitsregierung weiterregieren könnte, sollte die schwarz-rote Koalition wegen des Rentenstreits zerbrechen, wird auch von der SPD genau beobachtet. Auch wenn der Parteivorsitzende Lars Klingbeil die Relevanz dieses Szenarios herunterzuspielen versucht. „Ich nehme wahr, dass sowas hin und wieder im Berliner Betrieb gestreut wird und dass manche daran sogar Spaß zu haben scheinen“, sagt er am Samstag im Interview mit der *Rheinischen Post*. Was die Menschen im Land jedoch erwarten, sei Stabilität.

In dieser Woche war bekannt geworden, dass in der Unionsfraktion konkrete Szenarien für eine Minderheitsregierung durchgespielt werden, wie *Bild* und *FAZ* berichtet hatten. „Mir fehlt die Fantasie, wie das bis 2029 gut gehen soll“, sagte ein CDU-Politiker gegenüber *Bild*. Spahn hatte angesichts sinkender Zustimmungswerte gesagt, dass die Union nicht zusammen mit der SPD sterben werde. Ein anderer CDU-Politiker sagte gegenüber der *FAZ*, dass der Zeitpunkt kommen könnte, an dem die Parteiführung sich fragen müsse, „welchen Tod sie sterben will“: „Sollen wir tatenlos warten, bis wir nicht mehr die größte Partei sind, oder die Führung in einer neuen, zugegeben extrem riskanten Konstellation übernehmen?“

Friedrich Merz erteilte der Idee auf dem Wirtschaftsgipfel der *Süddeutschen Zeitung* eine klare Absage. Ob jemand glaube, mit wechselnden Mehrheiten ließe sich eine gute Gesetzgebungsarbeit durchführen, fragte er. „Das ist aus meiner Sicht ausgeschlossen.“ Auch Markus Söder warnte auf dem Deutschlandtag der Jungen Union vor einer Minderheitsregierung. Davon würden nur Radikale profitieren.

Vizekanzler Lars Klingbeil beschwört im Interview mit der *Rheinischen Post* am Samstag ebenfalls die Stabilität: „Ich bin tief davon überzeugt, dass Deutschland in der jetzigen Situation – in einer Phase des Umbruchs hierzulande und in der Welt – ein Anker der Stabilität sein sollte. Dafür braucht es eine stabile Regierung.“ Union und SPD trügen gemeinsam Verantwortung.

Auf die Frage, ob er das Geraune über eine Minderheitsregierung als Erpressung werte, verneint er. „Die SPD lässt sich auch nicht erpressen.“ Für manche sei es schwierig zu erkennen, dass Kompromissfindungen in der Demokratie sehr anstrengend sein können. „Dann rennt man schnell der Illusion hinterher, man könnte es irgendwie einfacher haben. Das aber ist grundlegend falsch.“

Lesen Sie auch:





Zum Grund der Diskussionen, dem Rentenstreit, äußert er sich auch. Er sei dankbar dafür, dass Merz, Spahn und Söder sich klar geäußert hätten, dass das Gesetzespaket durch den Bundestag gebracht werden solle. In der Regierung gebe es ein „sehr klares gemeinsames Verständnis, dass wir die Rente grundlegend reformieren müssen.“ Dazu werde eine Kommission Vorschläge unterbreiten.
